



Die Organisationen Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz und Pingwin Planet setzten sich vor dem Zementwerk in Wildegg gegen den Klimakiller Braunkohle ein.

CHRIS ISELI

«Sie kümmern sich nicht ums Klima»

Zementwerk Obwohl Braunkohle dort nicht verbrannt wird, fordern Demonstranten ein Verbot

VON NORA GÜDEMANN

Am Donnerstagnachmittag versammelten sich rund 20 Leute in weissen Arztkitteln vor dem Wildegger Zementwerk. Ruhig und ohne Parolen zu rufen, demonstrierten Mitglieder der Organisationen «Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz» und «Pingwin Planet» gegen die Verwendung von Braunkohle. Sie forderten ein Verbot des Brennstoffs, der bei der Zementproduktion eingesetzt wird. «Die Zementindustrie setzt mit Braunkohle den dreckigsten und klimunfreundlichsten Brennstoff ein», kritisiert Martin Forter, Geschäftsführer der «Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz». Die Schweizer Zementwerke würden jährlich 110 000 Tonnen Braunkohle verfeuern, so Forter. Damit verursachten sie rund sieben Prozent des gesamten Schweizer CO₂-Ausstosses.» Forters Fazit: «Die Zementwerke kümmern sich nicht ums Klima.»

Marcel Bieri, Werkleiter Jura Cement in Wildegg, stellte sich den Demonstranten und suchte das Gespräch mit ihnen, obwohl er auch nicht so recht wusste, warum die Umweltschutzorganisationen das Wildegger Zementwerk für ihre Demonstration ausgesucht haben. «Hier wird keine Braunkohle verbrannt», sagte Bieri, ausgerüstet mit Helm und Leuchtweste. «Wir benutzen nur rund 15 Prozent fossile Brennstoffe, darunter Steinkohle. Die restliche Energie gewinnen wir durch die Verwertung von alternativen Brennstoffen wie Altreifen oder Kunststoffabfällen.»

Branchen-Stellvertreter Wildegg

Wenn in Wildegg doch keine Braunkohle verwendet wird, warum haben sich die Umweltschützer trotzdem diesen Standort für ihre Demonstration ausgesucht? Forter: «Das liegt daran, dass weder das Bundesamt für Umwelt noch der Verband der Zementindustrie uns beantwortet hat, wo am meisten Kohle verbrannt wird.»

15

Prozent fossile Brennstoffe werden im Zementwerk Wildegg verbrannt, die restliche Energie wird durch das Verbrennen von Abfall gewonnen.

Man habe sie abgespeist und gesagt, dass es sich dabei um vertrauliche Informationen handle. Stellvertretend für die Zement-Branche habe die Organisation also das Werk in Wildegg ausgewählt.

Aufsichtsanzeige nicht vergessen

Zwar wird in Wildegg keine Braunkohle verbrannt, trotzdem geriet das Zementwerk im letzten Jahr ins Visier der Umweltschützer. Laut einem Bericht im Konsumentenmagazin «Saldo» habe das Zementwerk Wildegg 2017 an 172 Tagen die Grenzwerte für Benzol überschritten. Der Stoff ist krebserregend. Im September 2018 sagte Heiko Loretan von der kantonalen Abteilung für Umwelt gegenüber der AZ, der Kanton habe für Jura Cement im Dezember 2016 eine Sanierungsverfügung erlassen. Darin wird verlangt, dass die Benzolemissionen bis Ende 2020 kontinuierlich gesenkt werden müssen.

Diese Auflagen waren nicht genug für die Umweltaktivisten. Sie reichten beim

Kanton eine Aufsichtsanzeige ein. Der Kanton habe die Zementwerke unter anderem «nicht rechtzeitig zu kontinuierlichen Messungen und lückenlosen Aufzeichnungen verpflichtet», kritisierten sie damals. Die Aufsichtsanzeige wurde im April vom Regierungsrat allerdings abgewiesen. Der Abteilung für Umwelt sei kein Fehlverhalten anzulasten.

Doch Umweltschützer Martin Forter gibt sich kämpferisch: «Das ist noch nicht vorbei», sagte er gestern. «Ich denke, da wurden Fehleinschätzungen gemacht.» Werkleiter Marcel Bieri betonte, die Verantwortung gegenüber Mensch und Umwelt stehe an erster Stelle. «Die im letzten Jahr ergriffenen Massnahmen konnten den Benzol-Ausstoss wirksam mindern.» Seit 14 Monaten, mit Ausnahme zweier geringer Tages-Überschreitungen im November, habe das Werk die Messwerte eingehalten. «Seit 2019 konnten die Emissionen weiter signifikant reduziert werden», so Bieri.

Die Initiative erhält keine Unterstützung

Reformierte Aargau Die Synode lehnt die Unterstützung der Konzernverantwortungsinitiative deutlich ab und beschliesst die Einführung einer gemeinsamen Mitgliederverwaltung.

Kontrovers und hitzig wurde die in ein Postulat umgewandelte Motion von Andreas Burckardt zum Beitritt der Landeskirche zur Plattform «Kirche für Konzernverantwortungsinitiative» von den 135 Synodalen diskutiert.

Kirchenratspräsident Christoph Weber-Berg brachte in seiner Antwort seine Unterstützung für die Anliegen der 2016 auch von kirchlichen Hilfswerken eingereichte Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen - zum Schutz von Mensch und Umwelt» zum Ausdruck. Er äusserte aber auch Bedenken, ob die vorgeschlagenen rechtlichen Instrumente der richtige Weg zur Umsetzung dieser Anliegen seien.

In der Diskussion stellten einzelne Befürworter die Anliegen der Konzernverantwortungsinitiative in den Mittelpunkt und betonten, dass die Kirche sich für die Menschenrechte und den

Umweltschutz auch in anderen Ländern einsetzen müsse und dass unverantwortlich handelnde Unternehmen für ihre Vergehen in anderen Ländern auch in der Schweiz zur Verantwortung gezogen werden müssten. Die Kirche gelte in der Gesellschaft immer noch als «Gewissen der Nation», so der Postulant Andreas Burckhardt. Im Namen der Fraktion Kirche und Welt unterstützte Hans-Peter Tschanz das Postulat und forderte die Synode auf, sich in dieser Frage politisch zu engagieren. Auch andere Synodale fanden, dass die Kirche oft zu wenig mutig Position beziehe und hier gefordert sei.

Klare Ablehnung

Auf der anderen Seite formierte sich aber auch deutlicher Widerstand gegen das Postulat, einerseits gegen die sehr heiklen rechtlichen Massnahmen, die die Konzernverantwortungsinitiative vorschlägt und deren Konsequenzen auch für den Wirtschaftsstandort Schweiz noch niemand absehen könne, wie Helga Kropf betonte. Der Synodale Reinhold Lückhardt verwahrte sich gegen die pauschale Verurteilung von Unternehmen und einen Schweizer Alleingang mit Weltverbesserungsanspruch. Roland Frauchiger, EVP-Grossrat, äusserte sich generell gegen die Behand-

lung von politischen Themen und Stellungnahmen in einer Synode.

In der zunehmend hitzigeren Debatte wurden sogar Vorwürfe wie Linkspopulismus und Rechtspopulismus ausgeteilt. Die Abstimmung ergab dann ein eindeutiges Bild: Mit 75 zu 39 Stimmen wurde die Überweisung des Postulats abgelehnt.

Neues Arbeitszeitmodell

Bei allen anderen Geschäften wurde weitaus weniger bis gar nicht diskutiert. Fast immer folgte die Synode den Anträgen des Kirchenrats. So bleibt der Besoldungsindex für die Mitarbeitenden der Kirchgemeinden 2020 unverändert. Ebenso der Betrag für die Anrechnung der Nutzung des Pfarrhauses, der alle fünf Jahre überprüft wird, an den Lohn der Pfarrerinnen und Pfarrer. Ein Verpflichtungskredit von total 120 000 Franken, verteilt über drei Jahre, zur Mitfinanzierung einer Assistenzstelle am Lehrstuhl für Aussereuropäisches Christentum der Theologischen Fakultät der Universität Basel wurde genauso bewilligt wie die Teilrevision des Reglements der Heimgärten Aargau, das die Voraussetzungen für die gemeinsame Geschäftsleitung neu regelt.

Auch das neue Arbeitszeitmodell für die Pfarrerinnen und Pfarrer und die

Sozialdiakoninnen und Sozialdiakone, das neu von einer Jahresarbeitszeit ausgeht, wurde gutgeheissen. Es soll den starken Schwankungen der Arbeitsbelastung im Jahreslauf besser Rechnung tragen.

Nur bei einem Geschäft gab es eine Eintretensdebatte und einen Rückweisungsantrag, der aber mit 84:36 Stimmen abgelehnt wurde. Der Kirchenrat will zusammen mit sieben weiteren Landeskirchen eine Software zur Verwaltung aller Mitglieder der Kirchgemeinden einführen.

In der Diskussion erschien vielen Synodalen der enge Zeitplan der Umstellung auf die neue Datenbank bis Ende 2020 zu knapp. Deshalb stellte Roland Frauchiger den Antrag, dass der Kirchenrat die offenen Fragen nicht wie vorgeschlagen selbstständig in einer Verordnung regeln könne, sondern dass der Kirchenrat der Synode zum Betrieb der Datenbank, zum Umgang mit den Mitgliederdaten und den Datenschutz ein separates Reglement vorlegen müsse. Dieser Änderungsantrag wurde mit grosser Mehrheit angenommen und ebenso auch die Umstellung auf die neue Datenbank.

Die Rechnung 2018 der Landeskirche schloss mit einem Ertragsüberschuss von 84 990 Franken. (AZ)

NACHRICHTEN

AUENSTEIN/KILLWANGEN Gleich zwei Autofahrer gegen Mauer geprallt

Ein 86-jähriger Autofahrer verlor am Mittwochabend in Auenstein die Herrschaft über sein Auto und prallte ungebremst gegen eine Hauswand. Der Lenker verletzte sich schwer. Es entstand grosser Sachschaden. Ebenfalls am Mittwochabend fuhr ein 41-jähriger in Killwangen in eine Mauer. Auch er hatte die Herrschaft über sein Auto verloren. Der unverletzte Fahrer sagte, er sei einer Katze ausgewichen. Die Polizei geht aber davon aus, dass der Mann zu schnell unterwegs war. (AZ)

ZUFIKON Betrunkenen Autofahrer verunfallt – Ausweis weg

In der Nacht auf Donnerstag ist in Zufikon an der Sadelstrasse ein 45-jähriger Mann verunfallt. Der Spanier mit 1,2 Promille Alkohol intus fuhr von Bremgarten in Richtung Berikon, als er in einem Kurvenbereich von der Fahrbahn abkam und ins Wiesland geriet. Das teilt die Kantonspolizei mit. Der Fahrer blieb beim Selbstunfall unverletzt, der Sachschaden beläuft sich auf zirka 5000 Franken. Die Kantonspolizei hat ihm seinen ausländischen Führerausweis aberkannt und verzeigte ihn an die Staatsanwaltschaft. (AZ)